

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteinst. Hefen mit Beilagen der Son- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen monatlich 10 Mk. durch unsere Kundgeber zugewiesen in der Stadt monatlich 10 Mk. auf dem Lande 12 Mk. durch die Post bezogen vierteljährlich 30 Mk. und halbjährlich 55 Mk. Die Postanfertigung und Postbefreiung sowie unsere Kundgeber und Geschäftsleute erhalten jederzeit Nachschüsse. Im Falle höherer Steuern, Krieg oder sonstiger Preissteigerungen hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung der Zeitung ohne Rücksicht auf den Bezugspreis.



Ersteinst. seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Roffen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Bässig, für den Inserenten: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 303

Donnerstag den 29. Dezember 1921.

80. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Besondere Ankaufserlaubnis für Kartoffeln.

Sämtliche Personen, die zum Wiederverkauf Kartoffeln unmittelbar beim Landwirte aufkaufen, einschließlich ihrer Angestellten und Beauftragten, bedürfen künftig für diesen Verkauf einer besonderen Handelserlaubnis. Der Erlaubnisschein wird von der Amtshauptmannschaft ausgestellt und muß mit dem Lichtbilde des Inhabers versehen sein; er ist auf Verlangen vorzuzeigen.

Zur Bekämpfung des wilden Aufkaufs werden die Landwirte aufgefordert, sich in jedem Verkaufsfalle von dem Vorliegen dieser besonderen Handelserlaubnis zu überzeugen und nicht zugelassene Händler unzugänglich zur Befragung anzuzeigen. Wer an nicht zugelassene Händler verkauft, setzt sich der Gefahr aus, als Mittäter bestraft zu werden.

Einer besonderen Erlaubnis (mit Lichtbild) bedürfen lediglich solche Personen nicht, die zum Kartoffelgroßhandel bereits bisher ausdrücklich zugelassen waren, wohl aber auch deren Angestellte und Beauftragte; für letztere genügt bis zum 20. Januar 1922 ein bestehlicher vorläufiger Aufweis.

Meißen, am 27. Dezember 1921. Nr. 1042a VII. Die Amtshauptmannschaft.

Grumbach.

Donnerstag den 29. Dezember Verteilung von amerik. Roggenmehl an alle Brotmarken-Empfänger bei den hiesigen Kaufleuten. 1 Pfund auf den Kopf, Preis 3,75 Mk. Läden sind mitzubringen. Ab Freitag freier Verkauf.

Grumbach, am 28. Dezember 1921.

Der Gemeindevorstand.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Dr. Rathenau hat an den Weihnachtsfeiertagen dem Reichstagspräsidenten Bericht über seine Londoner Reise erstattet.

* Die Verordnung vom 28. September über Verbote und Beschlagnahme von Zeitungen ist aufgehoben worden.

* Nach Pariser Meldungen werden sich mehrere Beamte des Reichsfinanzministeriums nach Paris begeben, um mit der französischen Regierung direkte Verhandlungen wegen der nächsten deutschen Zahlungen einzuleiten.

* General De Rond wird dieser Tage wieder nach Oppeln zurückkehren.

* Lord George ist in Cannes eingetroffen. Briand folgt am 3. Januar nach.

* In Paris wird erklärt, daß Frankreich und Belgien unter allen Umständen die Summe erhalten werden, die sie im Jahre 1922 erwarten, auch wenn in Cannes beschloffen werden sollte, daß Deutschland für das Jahr 1922 Erleichterungen erhält.

Zwischen London und Cannes.

Auch für den französischen Ministerpräsidenten hat es diesmal keine rechten Weihnachten gegeben. Kaum aus der britischen Hauptstadt nach Paris zurückgekehrt, wurde Herr Briand von der Kammer zur Auswertung seiner Londoner Besprechungen gestellt, und wenn es ihm auch gelang, die peinlichere Form einer regelrechten Interpellation abzuweisen, so wurde ihm doch von dem Abgeordneten Klotz und Genossen ziemlich hart zugesetzt. Was blieb ihm anderes übrig, als abermals zu versichern, daß er nicht daran denke, die französischen Ansprüche gegenüber Deutschland auch nur um ein Atom zu verringern und daß, wenn die alten Garantien für die Erfüllung der deutschen Reparationsschulden nicht genügen sollten, neue Vorschläge gesucht würden. Er sprach weiter von einem Sonnenstrahl, der sich bei den persönlichen Verhandlungen mit Lloyd George gezeigt habe, und daß die Entente zwischen Frankreich und Großbritannien so eng sei wie jemals. Natürlich könne man nicht darum herumkommen, die verschiedenen Ansichten, die sich über die großen Fragen der internationalen Politik immer wieder bilden, durch gegenseitige Verständigung auszugleichen, und alles werde darauf ankommen, für die Konferenz von Cannes einen gewissen Standpunkt zu vereinbaren. Lloyd George sei es jedenfalls in seinem Augenblick eingefallen, zu verlangen, daß Frankreich in Cannes auch nur die kleinsten Opfer bringen solle, und auf dieser Grundlage sei man an die Prüfung der Frage herangegangen, wie man Deutschland zur Zahlung zwingen könne.

Briand sprach in diesem Zusammenhang wieder einmal von den „Verfehlungen“ Deutschlands und wiederholte, es könne keine Rede davon sein, den Friedensvertrag von Versailles oder den Zahlungsplan von London abzuändern. Im übrigen aber seien neben diesem einen noch viele andere Probleme vorhanden, über die sich die Regierungen zu einigen hätten. Wohl sei es leicht, die internationalen Konferenzen ins Lächerliche zu ziehen, aber wie wolle man sonst die verwickelten Interessen der großen Mächte miteinander in Einklang bringen? Auf die Londoner Mission Dr. Rathenau's ging Briand nur mit einigen negativen Bemerkungen ein und bezeugte es im übrigen als seine Überzeugung, daß das wirtschaftliche Unbehagen, das selbst auf den eisenreichsten Ländern lastet, nur durch große Anstrengungen internationaler Solidarität beseitigt werden könne. Wenn die Kaufkraft der Märkte gestärkt sei, könne die Finanzlage der Staaten nicht gebessert werden. Also müsse man nach neuen Wegen suchen, um das Gleichgewicht für Europa wiederherzustellen. Nicht darauf komme es jetzt an, durch Hin- und Her-Zurückweichen Zeit zu gewinnen, sondern man müsse einen festen Plan für eine Abänderung in Erwägung ziehen. Dazu müßten auch Belgien, Italien und die Vereinigten Staaten herangezogen werden. Und damit werde man sich in Cannes befassen.

Mit diesen Auskünften, deren zweiter Teil den ersten so ziemlich aufzuheben scheint, mußte sich die Kammer zunächst begnügen. Kaum aber hatte Briand das Haus verlassen, als eine Interpellation einfiel über die Zahlungen Deutschlands vom 15. Januar und 15. Februar. Aber sie

wie über die anderen Interpellationen wegen der auswärtigen Politik der Regierung soll unmittelbar nach der Konferenz von Cannes beraten werden. Das parlamentarische Interesse wandte sich hierauf den Anfragen über die chinesische Industriebank zu, deren Sanierung mit Hilfe der Geldmittel bewirkt werden soll, die Frankreich nach aus der Zeit des Vorkrieges her von China zu fordern hat. Hier wittern bestimmte Kreise in Frankreich einen neuen Finanzskandal, für den sie zwar nicht den vielbeschäftigten Ministerpräsidenten in Person, wohl aber seine rechte Hand, den Generalsekretär des auswärtigen Ministeriums Philippe Berthelot, verantwortlich machen. Und wirklich, die Anklagen erreichen durch die Art, wie sie das ihnen zur Verfügung stehende Material vor der Kammer gruppierten, daß Herr Berthelot, eine der Säulen des Briand'schen Regiments, sich genötigt sah, um seine Entlassung einzukommen. Damit hat das Kabinett des Herrn Briand den ersten ernsthaften Stoß erhalten. Es scheint hier wieder einmal der Saft geschlagen worden zu sein, während man den Esel meinte. Wenn Herr Briand trotzdem bei der Fortsetzung der Verhandlungen nach dem Fest, was er gewiß verlangen wird, ein neues Vertrauensvotum ausgestellt erhält, bevor er die Reise nach Cannes antritt — (an einen Kabinettswechsel in diesem Augenblick kann selbstverständlich keine Rede sein) —, so behält der auffällige Vorgang jedenfalls doch die Bedeutung eines Winkes mit dem Zaunpfahl. Beide Herrn Briand, wenn er in Cannes der internationalen Seite des Reparationsprogramms mehr Rechnung trägt als der französisch-nationalen — dann kommen die Wilsdruffer über ihn, die sich jetzt nur noch mit Mühe zurückhalten. Es wird demnach ein erbauendes Schauspiel geben, wenn Lloyd George und Briand miteinander ins Ringen kommen!

Die Abwehrfrage.

Meinungsverschiedenheiten in Washington.

Die Abrüstungskonferenz, die schon bei den ersten grundsätzlichen Debatten mancherlei Klippen in Gestalt abweichender Meinungen zwischen den Großmächten zu überwinden hatte, sobald ihre Dauer über die ursprünglich vorgesehene Zeit ausgedehnt werden mußte, kommt bei den schwierigen Einzelfragen in immer größere Verlegenheiten. Alle wollen angeblich abrüsten, aber jeder möchte dabei möglichst viel von seiner Ausrüstung behalten. Balfour hat zwar in seiner Antwort auf die amerikanischen Vorschläge erklärt, daß Großbritannien die Tonnenzahl der U-Boote, die ihm zugesprochen sei, annehme, aber die Franzosen machen große Schwierigkeiten. Ihr Vertreter sagte, daß

90 000 Tonnen ein Minimum

für den Bestand von Unterseebooten für jedes Land bilden, das diese Art Schiffe zu verwenden wünsche, und daß eine Herabsetzung unter diese Zahl einem Verbot, Unterseeboote zu bauen, gleichkäme. Frankreich könne deshalb die vorgeschlagenen 31 000 Tonnen nicht annehmen. Italien wiederum beharrt auf dem Grundsatz der Gleichheit mit allen Mittelmeerländern. Nur wenn Frankreich die 31 000 Tonnen annehme, nehme Italien gleichfalls diese Zahl an. Der Japaner aber behauptet, daß 54 000 Tonnen Unterseeboote zur Verteidigung des japanischen Archipels erforderlich seien. Er könne deshalb den amerikanischen Vorschlag von 31 000 Tonnen nicht annehmen und bleibe bei den 54 000 Tonnen, selbst wenn die Vereinigten Staaten auf 60 000 Tonnen herabgingen. Besonders bemerkenswert erscheint die Zuspitzung des Gegensatzes, die darin liegt, daß Balfour dem französischen Delegierten erklärte, die Begerung Frankreichs, weniger als 90 000 Tonnen Unterseeboote anzunehmen, bedeute

eine Drohung für Großbritannien.

Aus dieser Klemme wollen die Franzosen dadurch einen Ausweg finden, daß sie möglicherweise ein künstliches Abkommen für den Atlantischen Ozean und die anderen europäischen Gewässer nach dem Vorbild des Vierzehn-Tonnen-Abkommens für den Stillen Ozean vorschlagen. Dies würde Frankreichs Bedingung für die Annahme einer Verminderung seiner Unterseeboottonnage unter 90 000 Tonnen sein.

Die Devisen für das Reich!

Zwei neue Gesetzentwürfe.

Dem Reichstag sind zwei neue Entwürfe zugegangen, von denen der erste bestimmt, daß die Bewilligung zur Ausführung von Waren nur unter der Bedingung erteilt wird, daß der Ausfuhrwert in Auslandswährung

dem Reich zur Verfügung gestellt

wird. Der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung wird durch das Gesetz ermächtigt, Ausnahmen von der angeführten Bedingung auszusprechen. Der zweite Gesetzentwurf enthält die Ermächtigung für die Reichsregierung, anzuordnen, daß zur Erfüllung der Deutschland auferlegten Zahlungspflicht bei der Ausführung von Waren nach hochprozentigen Ländern 25 % des Wertes der Ausfuhr als Abgabe gegen Erstattung des Gegenwerts unmittelbar erhoben werden.

Diese neuen Entwürfe beruhen darauf, daß das Garantiekomitee die Forderung aufgestellt hat, daß die Maßnahmen zur Ablieferung von Exportdevisen auf eine besondere gesetzliche Grundlage gestellt würden, während bisher das Garantiekomitee auf der Forderung der unmittelbaren Erhebung der 25 %igen Abgabe von der Ausfuhr nicht bestand, sondern die 25 %-Vorschrift nur als Maßstab für die Höhe der Leistung angesehen wurde. Diese Gesetze haben im wesentlichen formale Bedeutung. Das erste Gesetz soll an dem tatsächlichen Gehrgang der Devisenverteilung, wie er zurzeit geregelt ist, nichts ändern, das zweite Gesetz lediglich der Reichsregierung die Möglichkeit geben, die im Londoner Ultimatum vorgesehene 25 %ige Abgabe im Verordnungswege durchzuführen, falls sich die Notwendigkeit dazu ergeben sollte.

Die Mark als Dolmetscher.

Wirtschaftsoffensive gegen den Bolschewismus.

Nachdem sich durch eine Kette kostspieliger Enttäuschungen auch für die europäischen Westmächte klar herausgestellt hat, daß alle „machtpolitischen“ Methoden beim Wiederaufbau Europas vollkommen versagen, finden die „wirtschaftspolitischen“ Wege zu diesem gemeinsamen Ziele endlich in höherem Maße die ihnen gebührende allgemeine Beachtung. Der Standpunkt der Verbandsmächte ist jetzt etwa folgender: Durch Waffengewalt hat der Bolschewismus nicht niedergedrungen werden können. Er ist im Grunde die Staatsform der Verzweiflung und der Verelendung. Eine wirksame Bekämpfung oder doch Beseitigung des Bolschewismus ist nur durch Wiederaufbau Rußlands an die Weltwirtschaft zu erzielen. Dadurch wird gleichzeitig Osteuropa als Absatzgebiet wieder gewonnen und der Reichtum des Landes in den Dienst der Weltwirtschaft gestellt. Wess Europa ist wegen mangelnder Erfahrung in russischen Wirtschaftssachen und auch wegen seiner starken Bilanz nur wenig geeignet, die Auffrischung Rußlands durchzuführen. Deutschland ist seinem Wesen nach den osteuropäischen Völkern näher verwandt, bildet außerdem räumlich die Pforte zu den slavischen Völkern und steht endlich mit dem Kurse seiner Mark auf der Valutafußnote dem furchtbar entwerteten Sowjetrubel näher. Vorläufig wird dieser Gedanke in die Form gekleidet, daß der Verkehr des Dollars mit dem Rubel nur durch den „Dolmetsch Mark“ möglich sei.

Frankreichs Bereitschaft, mit Sowjetrußland in irgendwie geartete Beziehungen zu treten, ist noch recht jungen Datums. Der Meinungsumschwung scheint durch die Zuspitzung der Sowjetregierung entstanden zu sein, die russischen Vorkriegsschulden anzuerkennen. Lloyd George, der mit der Unverfälschtheit der Moskauer Regierung eigentlich keine guten Erfahrungen gemacht hat, gibt sich den Anschein, als vertraue er auf das von der Leninischen Regierung gegebene Versprechen. Er wird dann wahrscheinlich auch — trotz aller gegenteiligen Erfahrungen — nochmals der russischen Zuspitzung trauen, sich jeder weltrevolutionären Propaganda außerhalb der Grenzen Sowjetrußlands zu enthalten. Die Gründe, die Lloyd Georges Verhalten bestimmen, sind offensichtlich folgende: Da die Gegnerschaft zu Rußland die Gefahr des Bolschewismus für die innerasiatischen Interessengebiete Englands nicht beseitigt hat, soll ein Freundschafts- und Bündnisverhältnis diesen Zweck erreichen. Die West-